

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Schwerpunkthemen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, Dezember 2011

9. Dezember 2011

Schuldenkrise in der Eurozone

Debatte mit Kommission und Rat zum Gipfel vom 8./9. Dezember

Dienstag, 13. Dezember

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Beim derzeit stattfindenden Europäischen Rat in Brüssel stehen die Europäischen Staats- und Regierungschef unter großem Druck. Die Höchstnote der Kreditwürdigkeit von sechs Ländern der Eurozone soll in den kommenden Monaten überprüft werden. Eine Herabstufung könnte nicht nur die Schuldenlast dieser Länder, sondern auch die Finanzierung des EFSF in Gefahr bringen. Die bisherigen Vorschläge zur Krisenlösung müssen als gescheitert angesehen werden. Am Dienstag werden die Gipfelergebnisse im Plenum mit Kommission und Rat debattiert.

Grüne Position: Die politische Dimension der Eurokrise ist inzwischen deutlich sichtbar. Die Grünen fordern deshalb eine Fehleranalyse, die einer Demokratie würdig ist. Vor allem aber müssen die wirtschafts- und haushaltspolitischen Kompetenzen der EU erweitert und per Konvent demokratisch legitimiert werden. Die Grünen im Parlament fordern den Rat auf, das Europäische Parlament, als einzige direkt gewählte europäische Institution, voll in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Weiterhin halten wir kurzfristig nachhaltige Investitionen, die Finanztransaktionssteuer und eine Reform des europäischen Finanzsektors für dringend notwendig. Auch Eurobonds müssen schnellstmöglich eingeführt werden.

Kernfusionsreaktor ITER

Bericht Reimer Böge (EVP, Deutschland)

"Financial framework 2007-2013: additional financing needs of the ITER project"

Verfahren der interinstitutionellen Vereinbarung

Debatte am Montag, 12. Dezember

Abstimmung am Dienstag, 13. Dezember

Helga Trüpel MdEP
Büro +33 3 881 75140

Hintergrund: Das Parlament wird über eine nachträgliche Anpassung des Mehrjährigen Finanzrahmens der Jahre 2007-2013 entscheiden. Die Veränderung des aktuellen Haushaltsrahmens wird notwendig, weil zusätzliche 1,3 Milliarden Euro in den Kernfusionsreaktor ITER investiert werden sollen.

Grüne Position: Die Grünen stellen sich gegen die Mehrheiten in Parlament und Rat, die den zusätzlichen Ausgaben zustimmen. So handelt es sich bei dem Reaktor, der im Fusionsprozess radioaktives Tritium verwendet, nicht nur um eine atomare Risikotechnologie - es ist darüber hinaus derzeit mehr als ungewiss, ob der Reaktor die in ihn gesetzten Hoffnungen je erfüllen kann. Gerade angesichts der Sparanstrengungen in den Mitgliedstaaten und der Haushaltsdisziplin, die sich die EU beim Budget für 2012 auferlegt hat, sind solche Investitionen nach dem Prinzip Hoffnung höchst problematisch. Der Deal zwischen Rat und Parlament, der nun am Montag verabschiedet werden soll, bleibt auch die Antwort auf die Frage schuldig, mit welchen Geldern die anfallenden Kosten finanziert werden sollen. Es zeichnet sich jedoch ab, dass der Rat die Ausgaben aus dem EU-Forschungsetat und dem Budget für die EU-2020-Strategie decken will. Das bedeutet Kürzungen bei Investitionen in Grüne Technologien und erneuerbare Energieträger, die dringend benötigt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Union zu stärken.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Recht auf Belehrung in Strafverfahren

Bericht Birgit Sippel (S&D,
Deutschland)

*"Recht auf Belehrung in
Strafverfahren"*

Ordentliche Gesetzgebung
1. Lesung

Debatte am Montag, 12.
Dezember

Abstimmung am Dienstag, 13.
Dezember

Jan Philipp Albrecht MdEP
Büro +33 3 881 45060

Hintergrund: Der Europäische Rechtebrief soll Beschuldigten und Verdächtigen bei einer Festnahme übergeben werden und sie leicht verständlich über ihre Rechte aufklären. Der Richtlinienentwurf zum "Recht auf Belehrung in Strafverfahren" ist die so genannte "Maßnahme B" des "Fahrplans zur Stärkung der Rechte von Verdächtigen oder Beschuldigten in Strafverfahren". Dazu gehören außerdem das Recht auf Dolmetschung und das Recht auf Zugang zu anwaltlichem Beistand. Ziel des Fahrplans sind EU-weite Mindeststandards für Verfahrensrechte.

Grüne Position: Der Rechtebrief ist ein wichtiger Schritt hin zu verbindlichen EU-weiten Mindeststandards im Strafverfahren. Zukünftig werden alle EU-Bürgerinnen und -Bürger in leicht verständlicher Sprache über ihre Rechte aufgeklärt, wenn sie einer Straftat beschuldigt oder verdächtigt werden. Leider hat die EU-Kommission den zweiten Schritt vor dem ersten getan und den Europäischen Rechtebrief vorgeschlagen, bevor klar ist, wie die darin verbrieften Rechte aussehen. Nun müssen die Mitgliedsstaaten endlich den Weg für gemeinsame, hohe Standards frei machen, so beim Recht auf Zugang zu anwaltlichem Beistand.

Haushaltswaschmittel

Bericht Bill Newton Dunn (ALDE,
Großbritannien)

*"Verwendung von Phosphaten
und anderen
Phosphorverbindungen in
Haushaltswaschmitteln"*

Ordentliche Gesetzgebung
1. Lesung

Debatte am Dienstag, 13.
Dezember

Abstimmung am Mittwoch, 14.
Dezember

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Als 2004 die Verordnung zu Phosphaten verabschiedet wurde, hatte sich das Europäische Parlament bereits vergeblich für eine Ausweitung auf Haushaltswaschmittel ausgesprochen. Der neue Vorschlag der Kommission von Ende 2010 sah ein Verbot von Phosphaten in Waschmitteln bis 2013 und eine Überprüfung eines Verbots von Phosphaten in Reinigungsmitteln für Spülmaschinen bis 2014 vor. Der Umweltausschuss forderte dagegen bereits ein Phosphatverbot auch in Spülmitteln bis 2015. In den Verhandlungen mit dem Rat einigte man sich schließlich auf eine Verzögerung des Verbots von Phosphaten in Haushaltswaschmitteln um sechs Monate sowie ein Verbot in Haushaltsgeschirrspülmaschinenmitteln ab 2017.

Grüne Position: Die Grünen begrüßen das Verbot von Phosphaten in Reinigungsmitteln, hätten sich aber eine Umsetzung zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht. Denn Phosphate haben durch den so genannten Prozess der "Eutrophierung" einen schädlichen Einfluss auf Gewässer, und in der Konsequenz auf unsere Ökosysteme. Da sich mittlerweile auch die Hersteller von Reinigungsmitteln für ein Verbot aussprechen, wäre eine frühere Umsetzung möglich gewesen.

Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis

Bericht Véronique Mathieu
(EVP, Frankreich)

Hintergrund: Das Europäische Parlament debattiert diese Woche über die Richtlinie zur kombinierten Erlaubnis zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedsstaates. Diese kombinierte Erlaubnis regelt das einheitliche Antragsverfahren und die Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Europäischen Union. Das Vorhaben regelt allerdings nicht den Zugang der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



"Einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis"

Ordentliche Gesetzgebung
Zweite Lesung

Debatte am Montag,
12. Dezember

Elisabeth Schroedter MdEP
Büro +33 3 881 75234

zum Gebiet der EU.

Grüne Position: Die Grüne Europafraktion hat sich während der Verhandlungen besonders für die Gleichbehandlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme eingesetzt. Dagegen hat der Rat versucht, diese Rechte zu beschränken. Nach Zustimmung der zuständigen Ausschüsse in Brüssel wird der Bericht in Strassburg debattiert. Positiv ist, dass die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der kombinierten Erlaubnis vielfach Gleichbehandlung mit einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genießen. Außerdem müssen sie über ihre Rechte informiert werden, so dass sich ihre Situation in vielen EU-Mitgliedsländern verbessert.

Europäische Schutzanordnung

Bericht Jiménez-Becerril Barrio (EVP, Spanien) und Romero López (S&D, Spanien)

"Europäische Schutzanordnung"

Ordentliche Gesetzgebung,
2. Lesung

Debatte am Montag, 12.
Dezember
Abstimmung am Dienstag, 13.
Dezember

Franziska Brantner MdEP
Büro +33 3 881 75354

Jan Philipp Albrecht MdEP
Büro +33 3 881 75060

Hintergrund: Unter spanischer Ratspräsidentschaft wurde die Europäische Schutzanordnung auf Initiative von 12 Mitgliedstaaten (u.a. Belgien, Spanien, Frankreich) initiiert. Ziel war es, Opfern von Gewalt (hauptsächlich Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt werden, aber auch Kindern und Männern) die Mobilität innerhalb der EU zu erleichtern, indem z. B. Schutzanordnungen, die in einem Mitgliedsstaat ausgestellt wurden, auch in anderen EU-Staaten anerkannt werden. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich Rat, Europaparlament und EU-Kommission auf einen Kompromiss. Schutzanordnungen, die in strafrechtlichen Verfahren erlassen wurden, können demnach in andere EU-Länder mitgenommen werden. Für Schutzanordnungen aus zivilrechtlichen Verfahren wird die EU-Kommission im Mai 2012 einen separaten Vorschlag vorlegen.

Grüne Position: Die Grünen begrüßen die Einigung zwischen Rat und Parlament - ein wichtiger Schritt in Richtung eines besseren Opferschutzes. Darüber hinaus bewertet die Grüne Europafraktion positiv, dass auch die Bedrohung als kriminelle Tat erfasst wird, Angehörige in die Schutzanordnung einbezogen werden können und den Tätern ein Anhörungsrecht zugesprochen wird.

Fruchtsäfte

Bericht Andres Perello Rodriguez (S&D, Spanien)

"Fruchtsäfte und bestimmte gleichartige Erzeugnisse für die menschliche Ernährung"

Ordentliche Gesetzgebung,
1. Lesung

Hintergrund: Der Richtlinienvorschlag der Kommission legt die Regeln für Herstellung, Inhaltsstoffe und Kennzeichnung von Fruchtsaft und -nektar fest. Es wird ein Verbot von Zuckerzusatz in Fruchtsaft sowie die deutliche Kennzeichnung von zugesetztem Zucker in Fruchtnektar gefordert. Der EP-Umweltausschuss drehte diese Logik um und wollte lediglich, dass Fruchtsaft durch "ohne Zuckerzusatz" gekennzeichnet werden darf, während Zuckerzusatz in Fruchtnektar nicht gekennzeichnet werden muss. Da zusätzlicher Zucker in Fruchtsäften aber ohnehin verboten werden soll, wäre eine solche Kennzeichnung zumindest irreführend. Mit dem Rat einigte man sich darauf, einen allgemeinen Hinweis auf das Zuckerzusatzverbot für einen begrenzten Zeitraum zu erlauben. Der Ausschuss forderte zudem, dass eine Beimischung von bis zu 10 Prozent Mandarinen- zum Orangensaft nicht

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Debatte am Dienstag,
13. Dezember

Abstimmung am Mittwoch,
14. Dezember

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

gekennzeichnet werden müsste. Der Rat lehnte dies ab.

Grüne Position: Das Verbot von zusätzlichem Zucker in Fruchtsaft ist sehr positiv. Die Grünen haben sich aber auch für eine klare Kennzeichnung von gesüßtem Nektar eingesetzt, um dem Verbraucher eine wirklich informierte Kaufentscheidung zu ermöglichen. Positiv ist in der Hinsicht das Verbot von irreführender Produktkennzeichnung. Name, Kennzeichnung und Abbildungen auf der Verpackung müssen mit dem Inhalt übereinstimmen.

Verteidigungssektor und die Finanzkrise

Bericht Krzysztof Lisek (EVP,
Polen)

*"Auswirkungen der Finanzkrise
auf den Verteidigungssektor"*

Debatte am Dienstag, 13.
Dezember

Abstimmung am Mittwoch, 14.
Dezember

Reinhard Bütikofer MdEP
Büro +33 3 881 75816

Hintergrund: Infolge der Finanzkrise haben die EU-Staaten ihre Verteidigungsbudgets gekürzt - meist auf nationaler Ebene, ohne Abstimmung mit EU und NATO. Das schwächt die gesamteuropäische Fähigkeit, sicherheitspolitisch zu handeln, weiter. Der Bericht befürwortet daher "pooling and sharing", wonach militärische Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten gebündelt und gemeinsam genutzt werden sollen, um die größten Fähigkeitslücken zu schließen. Die EU-Verteidigungsminister diskutieren zwar über eine engere Zusammenarbeit (z.B. Logistik, Ausrüstung), haben es aber bislang versäumt, Pooling-and-Sharing-Projekte anzuschließen oder gar einen konkreten Zeitplan zur Fähigkeitsentwicklung vorzulegen.

Grüne Position: Die Finanzkrise bietet die Chance, Verteidigungsausgaben zurückzufahren und Überkapazitäten und Doppelungen durch "pooling and sharing" zu vermeiden. Mehr Kooperation und Koordination ist das Motto der Stunde, wenn Europa auch zukünftig militärische Missionen in Krisengebiete schicken können will. Zu begrüßen ist daher, dass der Bericht für koordinierte "Defence Reviews" und eine gemeinsame strategische Verteidigungsplanung der Mitgliedsstaaten eintritt und europaweiten Kooperationen Vorrang einräumt. Allerdings wird dem Grundsatz der Kosteneffizienz widersprochen: Durch absurde Forderungen nach europäischen Mitteln für EU-Rüstungsforschung oder ein Militär-Erasmus für Offiziersanwärter, anstatt eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zu verlangen. Ebenfalls falsch: Ausnahmen bei den neuen EU-Wettbewerbsregeln für den Rüstungsmarkt, denn diese sorgen für ein Mindestmaß an Transparenz.

Europäischer Verkehrsraum

Bericht Mathieu Grosch (EVP,
Belgien)

*"Einheitlicher europäischer
Verkehrsraum"*

Initiativbericht

Debatte am Mittwoch, 14.
Dezember

Hintergrund: Das Europaparlament beschäftigt sich mit dem Bericht zum Weißbuch Verkehr "Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum" der Europäischen Kommission. Hauptziel des Weißbuchs sind Fortschritte beim Klimaschutz im Verkehrssektor, der für 30 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen der EU verantwortlich ist und dessen Emissionen seit 1990 um 29 Prozent gestiegen sind, während sie in der Industrie um 34, im Energiesektor um 17 und in Haushalten um 14 Prozent gesenkt werden konnten. Der Verkehr frisst also all das doppelt und dreifach auf, was in anderen Sektoren mit Milliarden Steuergeldern erreicht wurde.

Grüne Position: Auf Grüne Initiative verlangte der Verkehrsausschuss, bereits bis 2020 die Emissionen um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Die Kommission schlug als Referenzjahr 2008 vor - und damit ein um

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



<p>Abstimmung am Donnerstag, 15. Dezember</p> <p>Michael Cramer MdEP +33 3 881 75816</p>	<p>rund 35 Prozent höheres Referenzniveau. Die Kommission soll bis 2014 einen Vorschlag zur Internalisierung externer Kosten aller Verkehrsträger vorlegen. Dies wäre der Durchbruch für einen fairen Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern. Im Tourismusbereich fordert der Ausschuss die Einbeziehung der europäischen Radfernwege, der so genannten EuroVelo-Routen, in die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T).</p>
<p>EU-Russland-Gipfel</p> <p>Erklärung der Kommission</p> <p><i>mit Resolution</i></p> <p>Debatte am Dienstag, 13. Dezember</p> <p>Abstimmung am Mittwoch, 14. Dezember</p> <p>Werner Schulz MdEP +33 3 881 75399</p>	<p>Hintergrund: Themen des Gipfels, zu dem Noch-Präsident Medwedew zum Abschiedsbesuch kommen wird, sind u.a. der WTO-Beitritt Russlands, Visaerleichterungen, das neue Abkommen sowie die Partnerschaft für Modernisierung. Von Seiten der EU besteht der Wunsch, Fragen von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit anzusprechen und Russland daran zu erinnern, dass es seinen internationalen Verpflichtungen auch in dieser Hinsicht nachkommt. Die Grüne Europafraktion plant eine Resolution für das Straßburger Plenum.</p> <p>Grüne Position: Wesentliche Punkte der Grünen Resolution: Angesichts der Berichte über massive Wahlfälschungen bei der Duma-Wahl am 4. Dezember wird eine lückenlose Aufklärung erwartet. Dies gilt für die Behinderung der Wahlbeobachtung ebenso wie für das brutale Vorgehen der russischen Behörden gegen Demonstranten in den Tagen nach der Wahl. Als Mitglied des Europarats und der OSZE hat sich Russland verpflichtet, freie Wahlen, Meinungs- und Pressefreiheit sowie Versammlungsfreiheit zu garantieren. Im Hinblick auf die Verschleppung der Untersuchung der Todesumstände des Anwalts Magnitzki, der vor gut zwei Jahren in einem russischen Gefängnis zu Tode kam, muss die EU dem Beispiel der USA folgen und, wie längst beschlossen, ein Einreiseverbot für die an der Tat bzw. an der Vertuschung Beteiligten in Kraft setzen und ihre Vermögen einfrieren.</p>
<p>Politik der EU zur Terrorismusbekämpfung</p> <p>Bericht Sophia in't Veld (ALDE, NED)</p> <p><i>"Politik der EU zur Terrorismusbekämpfung: wichtigste Errungenschaften und künftige Herausforderungen"</i></p> <p>Abstimmung am Mittwoch, 14. Dezember</p> <p>Jan Philipp Albrecht MdEP +33 3 881 75060</p>	<p>Hintergrund: Nach langen Verhandlungen im Innenausschuss wird das Parlament eine Resolution über die europäische Antiterror-Politik der letzten zehn Jahre abstimmen. Es verlangt darin von der Kommission eine umfassende Evaluierung aller Maßnahmen in Bezug auf ihre Effektivität, ihre Kosten, ihre Grundrechtseingriffe und ihre demokratische Kontrolle. Zudem wird eine Beschäftigung mit den Ursachen gefordert, anstatt nur die Symptome zu bekämpfen.</p> <p>Grüne Position: Eine gründliche Evaluierung von zehn Jahren Kampf gegen den Terrorismus steht dringend an. Viele Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit wurden ohne Folgeabschätzungen eingeführt und die bisherigen Evaluierungen, z.B. bei der Vorratsdaten-Richtlinie, konnten Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit nicht schlüssig und auf der Basis solider Daten nachweisen. Daher begrüßen die Grünen, dass die EU-Kommission nun einen umfassenden Evaluierungsbericht erstellen und diesen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten vorlegen müsste. Die konservative EVP-Fraktion hat sich leider monatelang gegen diesen Beschluss gewehrt und ihn in den Verhandlungen an vielen Stellen verwässert. Am Ende war dennoch keine Einigung möglich, so dass nun eine alternative Entschließung eingebracht wird, die alle anderen Fraktionen tragen wollen. Die konservativen Innenpolitiker wären damit im</p>

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Europäischen Parlament isoliert.

Mit den besten Grüßen

Helmut Weixler

Pressesprecher

Fraktion Die Grünen/EFA

Mobil: +32 475-67 13 40

E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Europagruppe GRÜNE

Mobil: +32 495 40 23 28

E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu